

GEMEINSAME STELLUNGNAHME

zum

Referentenentwurf einer Verordnung zur Anpassung der Emissionshandelsverordnung 2030 an das TEHG-Europarechtsanpassungsgesetz 2024

Der en2x Wirtschaftsverband Fuels und Energie e.V. und die Mittelständische Energiewirtschaft e.V. (MEW) bedanken sich für die Übermittlung des o.g. Verordnungsentwurfs und nehmen die Möglichkeit zur Stellungnahme wie folgt wahr.

1. Fehlende Regelung zur Vermeidung der Doppelbelastung

Im nationalen Recht kann der Verantwortliche eine Menge an Brennstoffemissionen von den zu berichtenden Brennstoffemissionen abziehen, die derjenigen Brennstoffmenge entspricht, die im jeweiligen Kalenderjahr an ein Unternehmen zum Einsatz in einer dem EU- Emissionshandel unterliegenden Anlage geliefert hat oder direkt in seiner dem EU-Emissionshandel unterliegenden Anlage verwendet hat.¹ Zu prüfen wäre, inwieweit auch eine Abgrenzung zum Marinesektor erforderlich ist.

Eine vergleichbare Regelung ist dem vorliegenden Entwurf der EHV 2030 nicht zu entnehmen, aus Sicht der Branche jedoch unerlässlich. Der Verordnungsgeber muss von der Ermächtigung des § 44 Absatz 1 Nr. 6 Buchstabe b TEHG Gebrauch machen.

Forderung: Verordnungsermächtigung des § 44 Absatz 1 Nr. 6 Buchstabe b ausüben

2. Zu § 2 allgemein: Begriffsbestimmung Brennstoffe

Der Verordnungsentwurf vermittelt den Eindruck, dass der Begriff Brennstoff mal als Oberbegriff für Kraft- und Heizstoffe (z.B. § 8 Absatz 1) und mal als Begriff lediglich für Heizstoffe (z.B. § 8 Absatz 5) Verwendung findet. Es sollte unmissverständlich klargestellt werden, dass Brennstoffe der Oberbegriff ist und Kraft- und Heizstoffe umfasst.

Forderung: Begriff Brennstoffe eindeutig definieren

¹ § 17 EBeV 2030

3. Zu § 2 Nr. 3: Biomasse-Brennstoff

Biomassebrennstoff wird mit Verweis auf Artikel 3 Nr. 21a der EU-Monitoringverordnung definiert. Fraglich ist, ob nicht auch Artikel 3 Nr. 21b der EU-Monitoringverordnung einbezogen werden muss. Ansonsten dürfte Biogas als Kraftstoff, insbesondere biogenes Flüssiggas nicht erfasst sein.

Forderung: Begriffsdefinition für gasförmige Kraftstoffe klarstellen

4. Zu § 2 neue Nr.: Fehlende Definition für strombasierte Kraftstoffe

§ 2 Nr. 9 verweist auf die 37. BlmSchV. Der Entwurf verwendet den Begriff strombasierte Kraftstoffe an mehreren Stellen. Es fehlt jedoch eine Begriffsbestimmung für strombasierte Kraft- und Heizstoffe nichtbiogenen Ursprungs. Vorgeschlagen wird, auf die Definition der RED III zu verweisen, was auch Artikel 3 Nr. 23f der Monitoringverordnung vorsieht.

Forderung: RFNBO's definieren

5. Zu § 8 Absatz 5: Bestimmung des nachhaltigen Kohlenstoffgehalts

§ 8 Absatz 5 soll klarstellen, dass „der Verantwortliche zur Bestimmung des für die Emissionsberichterstattung relevanten nachhaltigen biogenen Kohlenstoffgehalts oder Biomasseanteils eines Brennstoffs grundsätzlich den Bioenergieanteil heranziehen kann. Dieser ergibt sich aus dem Nachhaltigkeitsnachweis“ (siehe Begründung, Seite 38). Die Formulierung des Gesetzesrestes ist unklar, da diese auf den Bioenergiegehalt an dem Gesamtenergiegehalt des flüssigen Biobrennstoffs ... und nicht auf den in einem Gemisch aus fossilen und biogenen Brennstoffen enthaltenen Bioenergieanteil abstellt.

Forderung: Klarstellung, dass für im Gemisch enthaltene biogene Anteile auf deren Energiegehalt abgestellt werden darf

6. Zu § 9: Ergänzung der Regelung bei Verwendung von RFNBOs zu Heizzwecken

§ 9 Abs. 3 bezieht sich ausschließlich auf die Kraftstoffverwendung, sollte jedoch auch für die Heizstoffverwendung vorgesehen werden.

Forderung: Ergänzung hinsichtlich strombasierter Brennstoffe (RFNBO's) zu Heizzwecken

7. Zu § 24: Zeitliche Befristung der Anwendungsbeschränkung

Für die Entstehungstatbestände der §§ 14 Absatz 2 sowie 23 Absätze 1 und 1a EnergieStG wird die Anwendung in der reinen Berichtsphase 2024 bis 2026 für die Überwachung und Berichterstattung eingeschränkt. Das ist grundsätzlich zu begrüßen.

Die Beschränkung hinsichtlich § 14 Absatz 2 EnergieStG begründet sich zutreffend mit der Auslegung der Europäischen Kommission. Die dahinterstehende Tatsache, dass eine Verwendung als Kraft- oder Heizstoff nicht anzunehmen ist, ändert sich auch nach der Berichtsphase nicht. Daher sollte die Anwendungsbeschränkung unbefristet gelten.

Die Beschränkung hinsichtlich § 23 Absätze 1 und 1a EnergieStG begründe sich „insbesondere aus dem späten Zeitpunkt des Inkrafttretens des TEHG-Europarechtsanpassungsgesetzes 2024 [...].“

In ihrer seinerzeitigen Stellungnahme zum Entwurf TEHG haben die Verbände en2x und MEW detailliert ausgeführt, dass und warum der Entstehungstatbestand des § 23 EnergieStG nicht von der Emissionshandelsrichtlinie umfasst ist. Vor diesem Hintergrund ergibt sich auch hier keine Notwendigkeit, die Anwendungsbeschränkung lediglich auf die Berichtsphase zu begrenzen.

Forderung: Anwendungsbeschränkungen unbefristet vorsehen

8. Zu § 29: Vermeidung von Doppelerfassungen innerhalb des Brennstoffemissionshandels

Im Verordnungsentwurf ist Regelung zur Entlastung nach § 47 Absatz 1 Nr. 1 EnergieStG (Rücknahme versteuerter Energieerzeugnisse in das Steuerlager) so beibehalten worden wie im nationalen System. Die zuständige Behörde fordert im nationalen System jedoch eine Personenidentität zwischen Steuerschuldner und Entlastungsberechtigten, die bei dieser Vorschrift in der Praxis regelmäßig nicht gegeben ist. Es besteht eine nicht zu rechtfertigende Ungleichbehandlung, denn bei Erdgas gibt es entsprechende Regelungen. So braucht es immer wieder Einzelfalllösungen mit der zuständigen Behörde, die aufwändig sind und den Wirtschaftsbeteiligten wie die Behörde unnötig binden.

Forderung: Doppelerfassung unabhängig von der Person des Entlastungsberechtigten für alle Brennstoffe, nicht nur für Erdgas, vermeiden

9. Zu § 27: Einlagerer

§ 27 übernimmt die Regelung des § 5 Absatz 5 EBeV 2030. In der Vergangenheit mussten sich zunächst auch Steuerlagerinhaber, die als reine Dienstleister agieren bei der DEHSt registrieren lassen, obwohl diese selbst keine Verantwortlichen sind, sondern nur die Einlagerer als Verantwortliche zu benennen haben. Von einer Registrierungspflicht für Steuerlagerinhaber, die reine Dienstleister sind, sollte abgesehen werden.

Forderung: Ergänzende Klarstellung, dass Steuerlagerinhaber, welche reine Dienstleister und somit nicht Verantwortlicher im Sinne des TEHG sind, kein Besitzkonto anlegen müssen

10. Zu § 30: Standardwerte zur Ermittlung des Anteilsfaktors

a) Zeitliche Begrenzung

Mit Genehmigung der Europäischen Kommission schreibt der Verordnungsgeber für die im Anhang genannte Brennstoffe Standardwerte vor. Das ist grundsätzlich zu begrüßen und zutreffend darauf zurückzuführen, dass individuelle Endverwendungen für die genannten Brennstoffe schlicht nicht zu ermitteln sind. Diesseits bekannt sind auch die Bestimmungen des Artikel 75I Absatz 4 der EU-Monitoringverordnung.

Gleichwohl reicht eine Verwendung von Standardwerten lediglich in der Berichtsphase 2024 bis 2026 nicht aus, denn die Unmöglichkeit der individuellen Ermittlung der Endverwendungen wird auch danach unverändert fortbestehen, sofern nicht alle Sektoren gem. Anhang Teil B Abschnitt 2 TEHG einbezogen werden.

Forderung: Sollte die Europäische Kommission nach Ablauf der Berichtsphase unverändert an dem Anteilsfaktor festhalten, muss die Verwendung von Standardwerten für den Anteilsfaktor unbedingt unbefristet vorgesehen werden

b) Fehlende Brennstoffe (Kraftstoffe)

In der Anlage Standardwerte für den Anteilsfaktor fehlen Gasöle der Unterpositionen 2710 19 43 bis 2710 19 48 und der Unterpositionen 2710 20 11 bis 2710 20 19 zur Verwendung als Kraftstoff sowie Flüssiggas zur Verwendung als Kraftstoff 2711 12, 2711 13 und 271 14.

Forderung: Standardwerte für die genannten Brennstoffe analog zum Leitfaden der zuständigen Behörde ergänzen

11. Zu § 32: Vereinfachende Maßnahmen im Rahmen der Verifizierung

Die Regelung konkretisiert das Verfahren für den Verzicht auf Standortbegehungen durch die akkreditierten Prüfstellen. Das wird grundsätzlich begrüßt. Im Sinne eines dauerhaften und tatsächlichen Bürokratieabbaus wäre es angebracht, die unter bestimmten Erforderlichkeiten stehende Vereinfachung unbefristet vorzusehen.

Forderung: Verzicht auf die Standortbegehung unter den genannten Erfordernissen unbefristet vorsehen

Berlin 30. Januar 2026